



# Innovation bewegt uns

Industrieller Mittelstand sichert Zukunft

Kernforderungen des VDMA  
zur Bundestagswahl 2017



## Innovation bewegt uns



Die Kernforderungen des Maschinen- und Anlagenbaus zur Bundestagswahl 2017 sind ein Angebot des industriellen Mittelstandes zum politischen Dialog. Konkrete Vorschläge, die gemeinsam eine Botschaft bilden: Die kommende Bundesregierung muss eine Regierung der Chancen werden und mit mutigen Entscheidungen ein „Jahrzehnt der Innovationen“ einläuten.

Neue Ideen, technische Lösungen und nachhaltige Geschäftsmodelle zeichnen unsere Unternehmen aus. Deren Wettbewerbsfähigkeit sichert allein in Deutschland eine Million Arbeitsplätze sowie eine überdurchschnittliche Ausbildungsquote. Wirtschaftlicher Erfolg ist jedoch kein Selbstläufer.

Die kommende Wahlperiode fällt in eine Zeit, die für den Standort Deutschland von hoher Bedeutung ist. Dem Aufschwung national begrenzter Horizonte müssen wir ein Bekenntnis für Offenheit und Freihandel entgegensetzen. Das Klimaschutzabkommen wird nur dann erfolgreich sein, wenn eine wirtschaftliche Umsetzung durch neue Technologien gelingt.

Industrie 4.0 schafft moderne Arbeitswelten und eröffnet Unternehmen sowie Beschäftigten gleichermaßen neue Perspektiven. Erstklassige Bildungsangebote sind gerade jetzt das beste Instrument, wenn es um Chancen für alle geht. Zukunft braucht vor allem eine Politik, die einen technologieoffenen Wettbewerbsrahmen schafft und gleichzeitig auf Investitionen in Infrastruktur und Köpfe setzt.

Innovation bewegt uns – den industriellen Mittelstand und unsere Gesellschaft!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Carl Martin Welcker', written in a cursive style.

Carl Martin Welcker  
VDMA-Präsident

## Für Chancen durch Welthandel und Handelsverträge

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau und seine rund eine Million Beschäftigten leben vom freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen. Fast 80 Prozent der Produkte gehen ins Ausland, weil sie durch Qualität überzeugen. Sechs von zehn Arbeitsplätzen sind vom Auslandsgeschäft abhängig, Tendenz steigend.

In Zeiten zunehmender ökonomischer Abschottung von Staaten haben Freihandelsabkommen wie CETA, mit Indien oder Mercosur für die Investitionsgüterindustrie eine hohe Bedeutung. Es sind gerade mittelständische Unternehmen, die durch den Abbau von Zöllen und technischen Handelsbarrieren mangels eigener lokaler Produktionsstätten profitieren.

Die neue Bundesregierung muss sich zur starken Position Deutschlands im Außenhandel nach innen und außen bekennen. Dafür benötigen wir eine echte Außenwirtschaftspolitik, die konsequent die Aktivitäten deutscher Unternehmen im Ausland unterstützt und sich dabei stets an den Belangen des Mittelstandes orientiert.

### Wir fordern daher konkret:

- Der bürokratische Aufwand bei der Ausfuhr von Maschinen ist zu senken. Das gilt insbesondere für die oft nicht nachvollziehbare Verweigerung der Abfertigung von beschränkungsfreien Exporten. Geschäfte mit Ersatzteilen und Einzelanfertigungen werden damit zunehmend unrentabel.
- Die Vorschläge für ein unkompliziertes Angebot an Exportfinanzierungen für Auftragswerte unter fünf Million Euro sind schnellstmöglich umzusetzen. Vielen kleinen und mittleren Unternehmen würden mit diesen „Small Ticket“-Lösungen Geschäfte im Ausland erst ermöglicht.
- Das Ausländergesetz ist an das „lebenslange Lernen“ und die Qualifizierung in Schwellenländern anzupassen. Der aufwändige bzw. unmögliche Zugang zu Visa für mehr als dreimonatige Fortbildungen von Mitarbeitern ausländischer Tochterunternehmen verhindert deren Qualifizierung und Entwicklungsmöglichkeiten.

## Für Chancen durch Klimaschutz und verlässliche Energiepolitik

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist Anbieter für neue und nachhaltige Energiesysteme. Er ist aber auch Anwender solcher Lösungen und trägt daher die Systemkosten mit. Wir bekennen uns zum Pariser Klimaschutzabkommen sowie den Zielen der Energiewende in Deutschland. Der Anspruch ist, mit Klima- und Energiepolitik schwarze Zahlen zu schreiben.

In der nächsten Phase der Energiewende geht es darum, die effizienten und intelligenten Lösungen im Bereich der Energieumwandlung, der Verteilung sowie vernetzten Nutzung in allen Sektoren übergreifend anzuwenden. Flexible und intelligente Lösungen müssen die Kosteneffizienz der Transformation erhöhen.

Die neue Bundesregierung muss einen längerfristigen und stabilen Rahmen für die klimapolitischen Ziele, die Energiewende und die industriepolitischen Perspektiven schaffen. Leitmotiv für die ambitionierten Ziele muss die ausgewogene Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente sowie ein reformierter europäischer Emissionshandel sein.

### Wir fordern daher konkret:

- Die Stromwende muss eine Energiewende in allen Sektoren werden. Alle Technologie- und Flexibilitätsoptionen müssen im fairen Wettbewerb zueinander stehen. Im Transportsektor brauchen wir gleichermaßen Offenheit für alternative Antriebe und klimaneutrale Kraftstoffe. Energieeffizienz benötigt marktorientierte Instrumente und unternehmerische Freiwilligkeit.
- Die Ausbaupfade der erneuerbaren Energien müssen konsequent weiterentwickelt werden. Der wachsende Bedarf aus der sog. Sektorkopplung heraus ist dabei zu berücksichtigen. Der Netzausbau muss abgestimmt mit dem Ausbaupfaden erfolgen.
- Der Emissionshandel muss auf europäischer Ebene gestärkt werden, damit eine Lenkungswirkung auch über den Preis erfolgt. Gleichzeitig ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf internationaler Ebene voranzutreiben.

## Für Chancen durch Industrie 4.0 und digitalisierte Arbeitswelten

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist als Anbieter und Anwender führend in der Entwicklung zur Industrie 4.0. Bei uns entstehen die neuen digitalisierten Arbeitswelten. Das macht uns zum ersten Ansprechpartner für Digitalisierung in der Industrie. Unsere Erfahrungen etwa mit der Automatisierung zeigen, dass solche Sprünge Wettbewerbsvorteile und Beschäftigung bringen.

Industrie 4.0 wird uns verändern: Angefangen bei Aus- und Weiterbildung über Forschung und Arbeitszeitgesetz bis zur unzureichenden Infrastruktur stehen wir vor großen Aufgaben. Selbst das AGB-Recht bedarf einer „digitalen Reform“ zur Stärkung der Vertragsfreiheit. Nur ein europäischer Binnenmarkt für Industrie 4.0 kann die Grundlagen schaffen, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Die neue Bundesregierung muss die Grundlagen dafür schaffen, dass wir die Spitzenstellung in der digitalisierten Produktion ausbauen können. Die politische Handlungs- und Koordinationsfähigkeit ist zu erhöhen. Die erfolgreiche Arbeit in der Plattform Industrie 4.0 ist fortzusetzen.

### Wir fordern daher konkret:

- Deutschland braucht das beste Breitbandnetz der Welt, nach dem Motto „Giga- statt Megabit“. Zu einem industriefähigen Netz gehören Down- und Uploadgeschwindigkeiten im Gbit-Bereich, eine geringe Latenz sowie eine mobile Verfügbarkeit (5G), auch im ländlichen Raum.
- Der Schutz von Daten und Know-how entlang der Wertschöpfungskette ist zu gewährleisten („Security“). Außerdem müssen die Parteien die vertragliche Handlungsfreiheit haben, verlässliche Regelungen z.B. zur Nutzung von Daten treffen zu können.
- Arbeit 4.0 darf kein Anlass für voreilige Regulierung sein, vielmehr muss es um gemeinsames Gestalten gehen. Eine moderne Arbeitswelt braucht u.a. flexible Arbeitszeiten und passgenaue Weiterbildungsformen auf betrieblicher Ebene.

## Für Chancen durch Investitionen und wettbewerbsfähige Steuerpolitik

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist in den Regionen fest verwurzelt und gleichzeitig weltweit erfolgreich. Grundlage dafür sind hohe Aufwendungen der Unternehmen für Forschung und Entwicklung und investitionsfördernde Rahmenbedingungen des Staates. Entscheidend ist eine international wettbewerbsfreundliche Steuer- und Abgabenlast.

In drei der vier wichtigsten Märkte für den Maschinen- und Anlagenbau werden Unternehmensteuerreformen mit weitreichenden Entlastungen diskutiert. So in den USA, aber u.a. auch in Großbritannien im Rahmen der Brexit-Entscheidung. Deutschland muss hierauf schnell und konsequent mit wettbewerbsfähigen Steuersätzen und Strukturreformen reagieren.

Die neue Bundesregierung muss den enormen Aufgaben gerecht werden, die gerade der industrielle Mittelstand mit hohen Investitionen und Risiken zu tragen hat. Digitalisierung, Klimawandel, innovative Antriebstechnologien im Verkehr oder neue globale Wettbewerber sind nur einige Stichworte, aus denen wir Chancen entwickeln wollen.

### Wir fordern daher konkret:

- Die finanzielle Ausstattung der industriellen Gemeinschaftsforschung ist zu erhöhen, die breitenwirksame Verbundforschung braucht Stabilität. Die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle Unternehmen ohne Beschränkung nach Umsatz oder Mitarbeiterzahlen ist eine dringende und überfällige Ergänzung.
- Die Abschreibungssystematik muss an die industrielle Realität in Zeiten von Industrie 4.0 angepasst werden. Eine degressive Abschreibung kann die technische Halbwertszeit modernster Maschinen angemessen abbilden.
- Die Industrie ist bei der Auswahl der Länder, mit welchen Doppelbesteuerungsabkommen verhandelt werden, zu beteiligen. Ebenso sollte die Erfahrung der Unternehmen jeweils vor Aufnahme von Verhandlungen einbezogen werden.

## Für Chancen durch Mittelstandspolitik und Bürokratieabbau

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist das Herzstück des industriellen Mittelstands in Deutschland. Er sorgt für innovative Lösungen, gut entlohnte Beschäftigung sowie eine überdurchschnittliche Ausbildungsquote. Wohlstand und soziale Sicherung basieren damit vor allem auf den Erfolgen mittelständischer Unternehmen. Erfolge, die jeden Tag in den Unternehmen erarbeitet und im harten internationalen Wettbewerb verteidigt werden müssen.

„German Mittelstand“ steht weltweit für höchste Qualität. Die Unternehmensstruktur allein ist jedoch keine Garantie für die Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen. Mittelstandspolitik heißt, für einen funktionierenden Wettbewerb zu sorgen und auf Eingriffe zugunsten einzelner Industrien oder Technologien zu verzichten. Der Erfolg hängt an den richtigen Rahmenbedingungen.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, weniger Politik auf der Basis plakativer Einzelfälle zu machen. Bei jedem Vorhaben ist ein positiver Effekt für den Mittelstand zu gewährleisten. Ganz vorne stehen die Themen moderner Infrastrukturausbau auch in den Regionen, flexibler Arbeitsmarkt und ein konsequenter Abbau von Bürokratie.

### Wir fordern daher konkret:

- Deutschland muss darauf hinwirken, die EU-Definition für den Mittelstand von maximal 250 Beschäftigten auf mindestens 500 zu erhöhen. Andernfalls bleiben wichtige Teile des industriellen Mittelstands außen vor.
- Die schleichende Verknüpfung von gesetzlichen Öffnungsklauseln an die Tarifbindung von Unternehmen ist zu beenden. Das Recht auf „negative Koalitionsfreiheit“ ist zu wahren.
- Die Arbeitsmarktpolitik und das Arbeitsrecht müssen sich konsequent an der unternehmerischen Praxis orientieren. Etwa in der Arbeitsstättenverordnung, wie auch bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen oder bei der Nutzung von Zeitarbeit.

## **VDMA**

Lyoner Straße 18  
60528 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69 6603-0  
Fax +49 69 6603-1511  
Internet [www.vdma.org](http://www.vdma.org)

## **VDMA**

Hauptstadtbüro  
Friedrichstraße 95  
10117 Berlin  
Telefon +49 30 306946-0  
Fax +49 30 306946-20  
E-Mail [berlin@vdma.org](mailto:berlin@vdma.org)  
Internet <http://berlin.vdma.org>

**[www.vdma.org](http://www.vdma.org)**